



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 16. November 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Weiterhin harren die Menschen in dem Lager auf der Insel Manu in Papua-Neuguinea aus, in dem sie unter australischer Kontrolle untergebracht waren. Das Lager wurden wegen seiner menschenunwürdigen Zustände geschlossen, die Menschen darüber hinaus aber ihrem Schicksal überlassen. Sie befürchten nun Übergriffe von den lokalen Anwohner*innen. Über 400 Menschen befinden sich noch in dem Lager. Ihre Grundversorgung ist nicht gesichert, inzwischen haben die Behörden mit gewaltsamer Räumung gedroht in den . Der Minister für Migration Papua Neuguineas, Petrus Thomas, ruderte zwischenzeitlich wieder zurück und setzte auf das mehr oder minder freiwillige Verlassen der Lager durch die Geflüchteten nachdem seine Regierung ihnen die Wasser- und Lebensmittelversorgung abgeschnitten hatte.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/lager-auf-der-insel-manus-fluechtlinge-verweigern-umsiedelung-a-1177594.html> (12.11.17)
<http://www.dw.com/en/papua-new-guinea-to-begin-forcibly-removing-manus-island-asylum-seekers/a-41351070> (13.11.17)
- 78 fliehende Männer, Frauen und Kinder wurden in der Slowakei in zwei Lastautos auf engstem Raum zusammengepfercht von der Polizei gefunden. Ziel war Deutschland. Laut einer Polizeisprecherin werde über das Schicksal der Fliehenden entschieden, wenn die Vernehmungen ihrer inhaftierten Schleuser abgeschlossen sind.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/slowakei-polizei-findet-78-fluechtlinge-in-verplombten-lastwagen/20580472.html> (14.11.17)
- Vor dem griechischen Parlament haben Geflüchtete für ihre Weiterreise nach Deutschland protestiert. Sie forderten, zu ihren sich in Deutschland befindlichen Familienmitgliedern reisen zu können. 14 Fliehende traten in den Hungerstreik. Griechenland und Deutschland sollen im Frühjahr diesen Jahres informell abgestimmt haben, den Dublin-internen Familiennachzug zu deckeln. Die Dublin-III-Verordnung sieht vor, dass innerhalb der EU Familien in einer Frist von sechs Monaten zusammengeführt werden sollen. *Deutschlandfunk* zitiert eine Mutter, die mit ihren drei Kindern seit zwei Jahren auf die Weiterreise zum Ehemann in Deutschland wartet. Den Hungerstreik haben sie inzwischen beendet.

http://www.deutschlandfunk.de/gefluechtete-in-griechenland-hungerstreik-fuer-eine.795.de.html?dram:article_id=399944 (06.11.17)

Bund, Land, Kommune

- Bei den Sondierungsgesprächen zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen bestehen letztere drauf, dass subsidiär Schutzberechtigte ab März 2018 wieder ihre Familien nachholen können. Die Position, dass sich Geflüchtete während ihrer Asylverfahren in sogenannten Aufnahmezentren nach dem entwürdigenden Vorbild von Bamberg und Manching aufhalten müssen, wird laut Medienberichten inzwischen von allen Parteien akzeptiert. Die Abschiebung soll, wenn es nach den Grünen geht, nicht von dort aus erfolgen. Über die Obergrenze – oder welche semantischen Verrenkungen auch immer hingelegt werden – besteht weiterhin Uneinigkeit. CDU und CSU wollen Algerien, Tunesien und Marokko weiterhin zu sogenannten „Sicheren Herkunftsstaaten“ erklären.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/jamaika-gespraechе-herrmann-sieht-bewegung-beim-thema-fluechtlinge-1.3741887> (09.11.17)
<http://www.taz.de/!5459449/> (13.11.17)
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/jamaika-verhandlungen-gruene-akzeptieren-aufnahmezentren-fuer-asylbewerber/20590246.html> (15.11.17)
- In einem gemeinsamen Appell riefen Menschenrechts- und Wohlfahrtsverbände, darunter PRO ASYL, die verhandelnden Parteien dazu auf, völkerrechtliche, menschenrechtliche und europarechtliche Standards zu achten. Dabei wiesen sie insbesondere auf die Verhandlungen auf EU-Ebene zur Reform eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems hin. Die EU-Kommission habe mit Dublin-IV den Asylrechts-Abbau vorgeschlagen, der zur Abschottung Europas beitragen werde. Weiterhin unterzeichnet hatten Amnesty International, Arbeiterwohlfahrt, die Diakonie, der Paritätische Gesamtverband, der Jesuiten-Flüchtlingsdienst sowie die Neue Richtervereinigung.
<http://www.dw.com/de/hilfswerke-fordern-wirksamen-fl%C3%BCchtlingsschutz/a-41324720> (10.11.17)
- Am 23. Oktober hätte die Bundesregierung den Bundestag über die Lage in den sogenannten „Sicheren Herkunftsstaaten“ berichten müssen. Alle zwei Jahre ist sie dazu verpflichtet, um eine Revision der Liste zu ermöglichen. Die Regierung stimme nach eigenen Angaben den Bericht derzeit noch ab. Die Linke spricht von einem Affront gegenüber dem Parlament, der Termin stehe seit zwei Jahren fest. Zudem verlangte die Partei, dass neben Berichten des Auswärtigen Amts und der Asylstatistik auch die Einschätzungen von Menschenrechtsorganisationen mit einzubeziehen um ein ernsthaftes Monitoring zu ermöglichen.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-lagebericht-vertroedelt-1.3742684> (09.11.17)
- Die *Freie Presse* widmete sich noch einmal in einem längeren Artikel dem Thema der rassistischen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. hatte mittels eines Testings nachweisen können, dass Vermieter*innen Geflüchteten und anderen Betroffenen Gruppen Wohnungen vorenthalten obwohl diese noch zur Verfügung stehen. Entweder werde offen kommuniziert, den „Eigentümer*innen seien Personen mit deutschem Pass lieber“ oder es würden Ausreden wie terminliche Verhinderungen angeführt. Eine solche Praxis verbietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Sie trägt dazu bei, dass Geflüchtete häufig in Gemeinschaftsunterkünften verbleiben und nicht ihre eigene Wohnung beziehen können. Dabei ist die dezentrale Unterbringung kostengünstiger und erleichtere Integration. Gerade im ländlichen Raum ist es kaum erklärbar, warum nicht wie im Landkreis Meißen nun beschlossen, ausnahmslos auf die Unterbringung in Wohnungen gesetzt werde. Stattdessen zeichnet sich in Landkreisen wie Sächsische-Schweiz Osterzgebirge oder Görlitz der Trend

zur Zentralisation ab. Der SFR warf deswegen die Frage an die Landkreise auf, inwiefern sie überhaupt die Teilhabe Geflüchteter am gesellschaftlichen Leben wünschten.

<https://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Geschlossene-Gesellschaft-Schwierige-Wohnungssuche-fuer-Fluechtlinge-artikel10050575.php> (11.11.17)

- Kurzfristig sollte das als Integrationszentrum dienende Bautzner Spreehotel geschlossen werden da die Stadt keine 25.000 Euro aufbringen wollte, die nötig gewesen wären das Hotel weiter zu finanzieren. Es dient vor allem dazu, anerkannte Geflüchtete nicht in die Obdachlosigkeit zu schicken. Bis Dezember wird es nun vorerst weiterbetrieben.
<https://www.mdr.de/sachsen/bautzen/spreehotel-bleibt-integrationszentrum100.html> (14.11.17)

Hintergrund und Meinung

- In einer Reportage der *taz* berichten Yasmin Polat und Pascale Müller von Securities, die in Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen immer wieder physisch und psychisch übergriffig werden, Geflüchtete misshandeln und anbrüllen. Als Beispiel wird auch ein Fall in der Dresdner Erstaufnahmeeinrichtung Hamburger Straße angeführt. Über 20 Fälle wurden den Journalistinnen zugetragen. Lediglich fünf Mal wurden Verantwortliche entlassen, nur sechs Mal wurde Anzeige wegen Nötigung, Körperverletzung und/ oder Vergewaltigung gestellt. Opferberatungen und Flüchtlingsräte beurteilen dieses geringe Verhältnis als typisch, die Untergebrachten würden häufig die Konsequenzen fürchten. Die Dresdner Erstaufnahme wird dabei seit diesem Jahr vom European Homecare aus Essen betrieben. Laut Angaben des unternehmenseigenen Pressesprechers sei das Unternehmen der „Aldi unter den Anbietern“ bei der Unterbringung. In Burbach, NRW, hätten im Jahr 2014 Mitarbeiter*innen von European Homecare gemeinsam mit Security-Leuten Geflüchtete eingesperrt und gequält – Stiefel in den Nacken und ein „Problemzimmer“ soll es gegeben haben. Das Hauptverfahren in der Strafsache hat noch nicht begonnen. In Finnentrop in NRW habe ein Heimleiter eine Frau vergewaltigt, zuvor war er 19 Mal strafrechtlich auffällig geworden. Den Bewohner*innen werde im Ermittlungsverfahren häufig nicht geglaubt, so die RAA Opferberatung in Dresden. Körperverletzungen hätten häufig weder straf- noch arbeitsrechtliche Konsequenzen. Trotz aller Vorwürfe floriere European Homecare, neben NRW und Sachsen schließe auch Niedersachsen Betreiberverträge mit dem Unternehmen ab.
Insgesamt mangle es an Transparenz bei Ausschreibungen und Betreiberverträgen. Verbindliche Standards gebe es oftmals nicht und wenn könnten sie kaum kontrolliert werden. In NRW wurde mittlerweile eine überregionale Beschwerdestelle etabliert, angeschlossen an den Flüchtlingsrat. Häufig versuchten die Bundesländer wieder mehr Aufgaben zu übernehmen. Eine Zusammenarbeit mit Privatunternehmen und Wohlfahrtsverbänden sei aber weiterhin notwendig, diese könne nur durch Kontrollmechanismen sichergestellt werden.
<http://www.taz.de/15460056/> (13.11.17)
- Im Interview mit *SPON* spricht der *taz*-Journalist Christian Jakob über Veränderungen im Asylrecht sowie den Zusammenhang von „Entwicklungshilfe“ und Abschottung. In Deutschland sei inzwischen eine fest verankerte Rechtshierarchie etabliert worden, in der Geflüchtete kategorisiert werden. Die, die oben stehen hätten Zugang zu Leistungen, die es vor 2015 noch nicht einmal gab. Die, die unten stehen, würden immer mehr Steine in den Weg gelegt. In letztere Gruppe würden in erster Linie Geflüchtete aus afrikanischen Staaten fallen. Die Abschottung laufe erfolgreich, Deals mit Herkunfts- und Transitländern haben Wege durch die Wüste immer gefährlicher und teurer werden lassen. Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel in den Lagern in Libyen, würden ignoriert werden. Wenn von „Fluchtursachen bekämpfen“ gesprochen werde, umfasse dies zu einem hohen Anteil Gelder für Militär und „Grenzschutz“. Profitieren würden die Staaten, die Rücknahmevereinbarungen eingegangen sind. In Afrika werde europäische Innenpolitik

gemacht. Die gesamte Politik spreche von kolonialen Wahrnehmungsmustern, in der eine Angst vor Afrika heraufbeschworen wird.

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-was-in-afrika-laeuft-ist-europaeische-innenpolitik-a-1173706.html> (11.11.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe